

## Schleswig-Holstein

## Nachrichten

## Kiel hat erstmals eine Pröpstin

**KIEL** Sie wurde zur neuen Pröpstin des Kirchenkreises Altholstein gewählt:

**Almut Witt** (54, Foto), seit 24 Jahren Pastorin der Kirchengemeinde Borby-Land (Eckernförde), konnte



sich am späten Freitagabend in der Kieler Nikolaikirche im dritten Wahlgang gegen ihren Mitbewerber Jens Voß (56) aus Kiel-Holtenau durchsetzen. Witt, gebürtige Kieleerin, wird ihr Amt am 1. September antreten, wie Kirchenkreissprecher Jürgen Schindler mitteilte. Sie übernimmt die Nachfolge von Propst Thomas Lienau Becker (58), der sein Amt nach elf Dienstjahren am 31. Mai niederlegt und am 1. September neuer Aidspastor in Hamburg wird. Zur Propstei Nord des Kirchenkreises zählen 20 Kirchengemeinden in der Landeshauptstadt Kiel und rund um die Kieler Förde mit 95 000 Kirchenmitgliedern und rund 50 Pastoren. epd

## Maritime Politik in Bundesregierung

**LAUENBURG/BERLIN** Der CDU-Bundestagsabgeordnete **Norbert Brackmann** (63, Foto) soll einem Medienbericht zu-



folge neuer Koordinator für maritime Wirtschaft der Bundesregierung werden. Die Personalie solle in der kommenden Woche vom schwarz-roten Kabinett gebilligt werden, berichteten die Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Sonnabend). Der Posten ist im Bundeswirtschaftsministerium angesiedelt und wurde bisher vom SPD-Politiker Uwe Beckmeyer besetzt. Der Koordinator für maritime Wirtschaft ist erster Ansprechpartner der Bundesregierung für Häfen, Werften und Reedereien. lmo

## „Gegen die Kälte“ – Volle Krusenkoppel in Kiel zugunsten Wohnungslosenhilfe



DIETER SUIHR (3)

**KIEL** Voller Erfolg des „Konzerts gegen die Kälte“ auf der Kieler Krusenkoppel zugunsten der Wohnungslosenhilfe: 840 Besucher füllten am Samstagabend die Freilichtbühne. „Auch etwa 60 Wohnungslose waren gekommen, die natürlich freien Eintritt hatten“, berichtete gestern Karin Helmer, Geschäftsführerin der „Stadtmission Mensch“ in Kiel, die das Konzert erstmals ausgerichtet hat. Eröffnet wurde es von Schirmherr und Ministerpräsident Daniel Günther (CDU). „Das ist eine Sache, die tatkräftig unterstützt werden muss“, sagte Günther. Wohnungslosigkeit sei „die extremste Form der sozialen Ausgrenzung“.

Der Erlös aus dem Konzert stand noch nicht fest. Allerdings: 1111 Euro erzielte die Versteigerung eines von allen Spielern unterzeichneten Holstein-Kiel-Trikots durch Kiels Oberbürgermeister **Ulf Kämpfer** (SPD, kl. Foto u. re., re.) zusammen mit den Spielern **Dominic Peitz** (kl. Foto, Mitte) und **Niklas Hoheneder** (kl. Foto, li): Das Trikot ging an die Tischlerei „Der Holzfuxx“ aus Kiel. Bereits die Vorgruppe **Tears for Beers** (gr. Foto) heizte dem Publikum ein, dann sorgte **Max Mutzke** (Foto o. li.) mit gefühlvollen Songs für die innere Wärme. So viel vorweg: „Von nun an soll es jedes Jahr ein ‚Konzert gegen die Kälte‘ geben“, sagte Karin Helmer. dsu/blu



## Wirbel um strengere Schulpolitik

Rückkehr zu Ziffernnoten und Schulartempfehlung – Ministerin Karin Prien (CDU) stößt auf vielfachen Widerspruch

**KIEL** Die Schulen brauchen Ruhe und nicht ständig neue Reformen, lautete jahrelang die Devise, an die sich niemand hielt. Auch die neue Bildungsministerin Karin Prien (CDU) wirbelt Schulen und die Schulstrukturen kräftig durcheinander. Die Rückkehr zum Langsam-Abitur nach neun Gymnasialjahren war nur der erste Schritt. Es folgte die klare Ansage an die Grundschulen, dass Viertklässler doppelt so viel Wörter wie bisher und die Schreibrift beherrschen müssen.

Jetzt bohrt Prien die dicken Bretter und stößt damit – anders als bei der G9-Reform – zunehmend auf Widerstand. Vor allem an der Rückkehr zu Ziffernnoten und Schulartempfehlungen reiben sich Gewerkschaften und Kinderschutzbund Schleswig-Holstein. „Die Annahme, Kinder würden ohne Ziffernnoten nicht ausrei-

chend lernen, ist längst überholt“, mahnt Kinderschutzbund-Chefin Irene Johns. „Im Gegenteil – Studien belegen, dass gerade in der Grundschule Ziffernnoten die Leistungsmotivation beeinträchtigen. Sie verstärken Leistungsängste und verringern die Lernfreude“.

„Die Annahme, Kinder würden ohne Ziffernnoten nicht ausreichend lernen, ist längst überholt.“

Irene Johns  
Kinderschutzbund

GEW-Chefin Astrid Henke sieht sogar den Schulfrieden in Gefahr: „Alte, überflüssige und nur Kraft kostende Diskussionen brechen wieder auf.“ Individuelle Rückmeldungen und Förderhinweise eigneten sich besser als Instrumente der Leistungsbe-

wertung. In einer gemeinsamen Erklärung weisen die Kritikerinnen darauf hin, dass nicht selten „fachfremde Gesichtspunkte wie der Leistungsstand der Klasse, der Bildungs- und Migrationshintergrund und das Geschlecht“ bei der Notenvergabe eine wichtige Rolle spielten und Schulartempfehlungen oft falsch liegen und ein „Rückschritt in Sachen Bildungs-gerechtigkeit“ seien. „Aus unserer Sicht reichen die bisherigen Beratungsgespräche von Lehrkräften, die den Bildungsweg der Kinder über vier Jahre begleitet haben, völlig aus“, so Henke. Doch Prien bleibt hart. Schulübergangsempfehlungen seien ein „wichtiges Steuerungsinstrument, das Schülern und Eltern bei der Orientierung hilft und gescheiterte Schullaufbahnen verhindern kann“. Die entsprechende Grundschulverordnung befindet sich schon in der Anhörung.

Für Diskussion im Lande dürfte auch die Aussage der Ministerin sorgen, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen sollten wieder „erkennbarer werden im zweisäuligen Schulsystem Schleswig-Holsteins.“ Bei einem Treffen der Schulleiter aller Gymnasien im Land in Rendsburg, sagte die Ministerin Ende vergangener Woche: „Entsprechend der Vereinbarung im Koalitionsvertrag werden wir das Lehrkräftebildungsgesetz ändern und damit auch schon in der Ausbildung der Lehrkräfte eindeutige Signale setzen“. Künftig werde es ein Lehramt für Gymnasien geben, das das bisherige Sekundarschullehramt ersetzt, und ein Lehramt für Gemeinschaftsschulen. Der Gesetzentwurf dazu werde noch im Frühjahr im Kabinett beraten, kündigte Prien an.

Bekanntlich hatte die Reform der Lehrerausbildung, die noch von Priens Amtsvorgängerin Wara Wende ein-

geleitet wurde und Teile der Ausbildung von Gymnasiallehrern an der Uni Flensburg ermöglicht, für viel Ärger gesorgt. Nur mühsam war damals ein wackeliger Kompromiss gefunden worden, der jetzt wieder in Frage gestellt wird. Es gelte, das Profil der Gymnasien zu schärfen, sagte die Ministerin und sprach sich für eine Stärkung des Leistungsgedankens aus. Dafür will sie auch die Oberstufen- und Abiturprüfungsverordnung ändern. „Unser Ziel ist es, dass die neue Verordnung bis Ende nächsten Jahres verabschiedet ist, so dass die Schulen ausreichend Zeit haben, in Ruhe ihre Konzepte anzupassen, wenn im Sommer 2020 der erste Schülerjahrgang nach der neuen Verordnung in die Oberstufe startet“. In diesem Zuge müsse auch über das Spannungsfeld zwischen Vielfalt und Qualität – gerade bei den kleinen Oberstufen – diskutiert werden. Margret Kiosz

## Puigdemont: Unterstützung in Neumünster und Krawalle in Barcelona

**NEUMÜNSTER** Die Kunde des prominenten Zugangs macht gestern Nachmittag schnell die Runde in der Justizvollzugsanstalt Neumünster. „Free, free Puigdemont“ hallt es aus den Zellen der Gefangenen bis vor die Anstaltstore.

Hier endet vorerst die Reise des ehemaligen katalanischen Regionalpräsidenten Carles Puigdemont, den die spanische Zentralregierung Ende Oktober nach dem Unabhängigkeitsreferendum und dem Beschluss zur Abspaltung Kataloniens abgesetzt hatte. Unmittelbar danach hatte sich

Puigdemont nach Brüssel abgesetzt. Spanien beantragte damals zwar einen europäischen Haftbefehl, zog diesen aber Anfang Dezember überraschend zurück. In Belgien und anderen Ländern konnte Puigdemont sich seither frei bewegen.

Am Freitag jedoch eröffnete der Oberste Gerichtshof Spaniens ein Strafverfahren gegen Puigdemont und andere Regionalpolitiker. Gegen den früheren Regionalpräsidenten und weitere sechs Separatisten, die sich ins Ausland abgesetzt hatten, wurden neue Haftbefehle erlassen.

Puigdemont hielt sich zu diesem Zeitpunkt in Finnland auf, am Freitag hielt er eine Rede an der Universität Helsinki. Danach wollte er über Dänemark und Deutschland nach Belgien zurückkehren.

Wird Deutschland den Separatistenführer ausliefern? Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft Schleswig-Holstein muss heute zunächst das zuständige Amtsgericht über den Erlass einer Festhalteanordnung entscheiden. Über die Frage, ob Puigdemont in Auslieferungshaft zu nehmen sei, habe das Oberlandes-

gericht in Schleswig zu entscheiden, erklärt Vize-Generalstaatsanwalt Ralph Döpfer. Das OLG prüfe, ob eine Übergabe Puigdemonts an die spanischen Behörden rechtlich zulässig sei. Eine Auslieferung wegen Rebellion schließt der erfahrene Jurist und FDP-Vize Wolfgang Kubicki aber aus. Das sei in Deutschland kein Straftatbestand, sagte er dem Redaktionsnetzwerk Deutschland.

Die Bundesregierung meldete sich gestern erst einmal stundenlang nicht zu Wort – das sei Sache der Justiz, hieß es im Bundesjustizministerium

schlicht. Was auch stimmt: Eine Funktion des europäischen Haftbefehls ist auch, langwieriges diplomatisches Hin und Her zu vermeiden. Das Verfahren wird zwischen Justizbehörden abgewickelt. Entsprechend knapp äußerte sich Justizministerin Katarina Barley am Abend: Die „ersten Schritte“ seien „rein juristische“, sagte die SPD-Politikerin.

In Barcelona gingen Tausende auf die Straßen, um gegen die Festnahme zu protestieren. Am Abend kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. dpa